

https://report24.news/diktatur-deutschland-jetzt-soll-wieder-ausreiseverbot-fuer-andersdenkende-kommen/?feed_id=32125

17.7.2023

Diktatur Deutschland: Jetzt soll wieder Ausreiseverbot für Andersdenkende kommen

Ein Kommentar von Willi Huber

Am 7. Juni 2023 brachten die Fraktionen SPD, Grüne und FDP einen Antrag auf Entschließung des Bundestages ein:

„Passversagung bei Teilnahme an ausländischen Veranstaltungen, deren Inhalte im Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes stehen.“

Auch bei diesem dreisten Wahnsinn versucht niemand mehr, seine totalitäre Gesinnung zu verheimlichen. So soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die Republikflucht wie dereinst in der mörderischen DDR zu unterbinden, indem man unliebsamen Bürgern keine Reisepapiere mehr ausstellen will. Das Gesetzesvorhaben widerspricht der freiheitlich-demokratischen Grundordnung – und gibt vor, dadurch eine freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen.

So wollen deutsche Behörden in Hinkunft aus dem Bauch heraus feststellen, ob eine Veranstaltung im Ausland im Widerspruch zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes“ steht. In nahtlosem Übergang ist dann von „Rechtsextremismus“ die Rede.

Sehr interessant ist ein weiteres an den Haaren herbeigezogenes Beispiel in diesem Antrag. Dieses beschreibt, dass einer „deutschen Staatsangehörigen“ die Ausreise nach Afghanistan verboten wurde, da diese dort ja entführt werden könnte.

Zusammenfassend: Die deutsche Ampelkoalition möchte, dass in Zukunft nach Gutdünken politischer Beamter erraten wird, ob ein Deutscher im

Ausland möglicherweise an einer nicht genehmen Veranstaltung teilnehmen will.

Ein Schelm, wer beispielsweise vermuten möchte, dass damit die Gesamtheit an AfD Wählern, Sympathisanten und Funktionären gemeint ist.

BK: Auszug aus dem Antrag vom 7.6.2023 (PDF im Anhang):

Vor diesem Hintergrund fordert der Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages die Bundesregierung auf:

1. darauf hinzuwirken, die Passverwaltungsvorschrift insofern zu konkretisieren, als dass bei einer beabsichtigten Teilnahme an extremistischen Veranstaltungen im Ausland, die inhaltlich im Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes stehen, eine Gefährdung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik Deutschland und somit eines sonstigen erheblichen Belangs der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des § 7 Abs. 1 Nr. 1 Var. 3 PassG anzunehmen ist

<https://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/flensburg-uni-entfernt-frauen-skulptur-becken-zu-gebaerfreudig-84752200.bild.html>

21.7.2023

Becken zu gebärfreudig! Uni entfernt Frauen-Skulptur

Der Ersatz wirft Fragen auf

Flensburg (Schleswig-Holstein) – Was wohl Fritz During († 83) dazu sagen würde? Eine von ihm geschaffene Bronze-Figur wurde nach fast 70 Jahren aus dem Foyer der Europa-Universität entfernt. Der Grund klingt abenteuerlich ...

1956 modellierte der gebürtige Schleswig-Holsteiner die nackte, 1,20 Meter hohe „Primavera“ („Frühling“). „Ein figürlicher Abstraktionsprozess der damaligen Zeit“, schwärmt Landrat Björn Demmin (49, parteilos). Der Kreis Plön hat den gesamten Nachlass Durings geerbt und verwaltet die

„Fritz-During-Stiftung“. Landrat Demmin erklärt: „Die ‚Primavera‘ sollte vermutlich das wachsende Leben symbolisieren.“

Sexistische oder frauenverachtende Motive des Künstlers kann man wohl getrost ausschließen.

Martina Spirgatis ist Gleichstellungsbeauftragte der Uni und sieht das offenbar anders. Sie verweist darauf, dass man einen „hohen Frauenanteil unter den Studierenden als auch den Lehrkräften“ habe – der sich zum Teil „unwohl“ bei dem Anblick fühle. Die Statue stehe für ein „überholtes Bild der Weiblichkeit und legt nahe, Weiblichkeit auf Fruchtbarkeit und Gebärfähigkeit zu reduzieren“.

Anstelle der „Primavera“ steht nun ein regenbogenfarbenes Fragezeichen auf dem Sockel im Uni-Foyer. Nicht über Monate von einem renommierten Bildhauer wie Fritz During geschaffen, sondern in wenigen Minuten von einem 3D-Drucker ausgespuckt.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article246467880/Marco-Wanderwitz-CDU-fordert-in-Brief-komplettes-AfD-Verbot.html> 21.7.2023

Marco Wanderwitz fordert in Brief komplettes Verbot der AfD

Geht es nach dem sächsischen CDU-Politiker Marco Wanderwitz, sollte die AfD verboten werden. Dafür wirbt der ehemalige Ostbeauftragte in einem Brief an seine Kollegen aus der Unionsfraktion. Von einem Verbot erhoffe er sich eine „Atempause für die Demokratie.“

Marco Wanderwitz, sächsischer CDU-Bundestagsabgeordneter, sieht bei der AfD „inzwischen alle Voraussetzungen für ein Parteiverbot“ erfüllt. Das hat der ehemalige Ostbeauftragte am Mittwoch in einem Brief den Mitgliedern der Unions-Fraktion im Bundestag mitgeteilt. Das Schreiben liegt der „Bild“-Zeitung vor. Demnach wirbt Wanderwitz für ein Verbotsverfahren gegen die Partei.

In dem Brief verweist Wanderwitz auch auf die hohen Umfragewerte der AfD. „Nicht deshalb“, so zitiert ihn die „Bild“, „sondern wegen ihrer Rechtsradikalität und der Größe dieser Gefahr insbesondere in den neuen Bundesländern setze ich mich seit Längerem für ein Verbotsverfahren ein“.

Wanderwitz verlor bei der [Bundestagswahl](#) 2021 sein Direktmandat für den Wahlkreis Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II an den AfD-Kandidaten Mike Moncsek. Über die Landesliste zog er dennoch in den Bundestag ein.